

gabenstellung große Schwächen unserer Partei aufgezeigt. Eine besondere Schwäche des politischen Kampfes der KPD in Sachsen stellt der viel zu schwache und teilweise völlig ungenügende Kampf der Partei gegen die Tolerierung der Schiedsdiplomatie durch die sächsische SPD dar, was sich natürlich nicht erst im Volksbegehrenskampf zeigte, sondern eine Schwäche des ganzen politischen Kampfes der sächsischen Partei in den letzten Jahren ist. Stellte die Vernachlässigung dieses Kampfes gegen die SPD also der sozialen Hauptstütze der kapitalistischen Ausbeutung und schließlichen Unterdrückung der Arbeiterklasse eine allgemeine Schwäche der Politik der Partei in Sachsen dar, so ist es eine besondere Schwäche der politischen Arbeit der Partei im Volksbegehren, daß auch im Volksbegehren dieser Kampf gegen die sozialdemokratische Politik ungenügend, teilweise sogar unrichtig geführt wurde.

Wenn der Genosse Thälmann in seiner Kritik in der Internationale von dem Vorhandensein von „Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie in unseren Reihen“ spricht, so trifft gerade dieser Punkt der Kritik des Genossen Thälmann auf die sächsische Parteioffensive in höchstem Maße zu. Das Vorhandensein dieser Tendenzen in unseren Reihen und das Unterliegen mancher Teile unserer Partei vor der Beeinflussung durch sozialdemokratische Auffassungen, das Vorhandensein teilweise starker opportunistischer Auffassungen in der Linie der Theorie vom „kleineren Übel“ mußte bei einem politischen Kampf, der sich in seiner Hauptlinie gegen die Sozialdemokratie als sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie und ihrer Politik des „kleineren Übels“ richtete, auf den Erfolg dieses Kampfes von starkem Einfluß sein.

Bei der Einschätzung des Volksbegehrens und seines Erfolges wie seiner politischen Schwächen ist von größter Bedeutung das völlig ungenügende und in jeder Beziehung unbestrie-

## „Die Internationale“

Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

begründet von Rosa Luxemburg u. Franz Mehring

ist das theoretische Schulungsorgan jedes Klassenkämpfers. Bezugspreis monatlich 40 Pf.

Zu beziehen durch die Literatur-Obleute der Partei, durch die Post oder direkt vom Verlag: Zeitschriftenverlag Stern G. m. b. H., Berlin C 2, Burgstraße 30.

digende Eintragungsergebnis in der Stadt Leipzig, die als einzige sächsische Stadt unter der Linie von 10 Prozent blieb, sowie das keineswegs befriedigende Ergebnis im Leipziger Wahlkreis. Ohne Zweifel ist dieses unbefriedigende Ergebnis im wesentlichen zurückzuführen auf innere politische Schwächen dieses Teiles der sächsischen Parteioffensive, die ihren Ausdruck findet in dem Vorhandensein der vom Genossen Thälmann gekennzeichneten Tendenzen und in der Tatsache des Vorhandenseins starker Überreste sozialdemokratischer Ideologie in diesem Teil der sächsischen Partei bei gleichzeitiger starker letzterischer Tolerierung der Partei von den entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes. Mit vollem Recht sagt daher der Genosse Thälmann in seinem Artikel:

„Eine solche Beeinflussung revolutionärer Arbeiter durch die verlogene sozialdemokratische Ideologie, solche Überreste sozialdemokratischen Denkens in unseren Reihen, sind jedoch die schlimmste Gefahr für die kommunistische Partei.“

Diese Feststellung des Genossen Thälmann trifft in vollem Maße für die Parteioffensive in Leipzig und das ganze Gebiet des früheren Parteibeckens Westsachsen zu, in dem der Prozeß der Bolschewisierung unserer Partei und der Herausbildung der revolutionären Führerrolle der KPD als der Vorhut des revolutionären Proletariats bei völliger Ideologischer und praktischer Frontstellung gegen die Sozialdemokratie als Stütze des Kapitalismus und bei völliger Ausmerzung aller sozialdemokratischen Auffassungen in der Linie der Politik des „kleineren Übels“ hinter allen anderen Teilen des sächsischen Parteibeckens weit zurückgeblieben ist. Hier liegt die entscheidende Schwäche unserer politischen Arbeit, die es abzustellen gilt in der kürzesten Frist. Mit vollem Recht sagt der Genosse Thälmann:

„Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu siegen, können wir nicht den Faschismus schlagen, das heißt gegen die mit faschistischen Methoden angeübte Diktatur der Bourgeoisie erfolgreich kämpfen. Ohne im Kampf mit der SPD entscheidend durchzubrechen, können wir auch unmöglich die Aufgaben meistern, in die Massenbasis des Zentrums entscheidend einzudringen und die andere Stütze der Diktatur der Bourgeoisie neben der SPD, die Hitlerpartei, deren Massenbasis vor allem die Mittelschichten abgeben, erfolgreich zu brennen und zu schlagen.“ (Schluß folgt.)

## Sieg der roten Einheitsliste bei den Stuttgarter Straßenbahnern

In Stuttgart fanden am 15. und 16. Dezember die Betriebsratswahlen in den Straßenbahnbetrieben statt. Von der 2500 Mann starken Belegschaft beteiligten sich 93 Prozent an der Wahl. Davon erhielten Stimmen:

rote Einheitsliste	1035	— (370)
SPD-Liste	895	— (1492)
Christen	388	— (552)

Die in Klammern gezeigten Zahlen sind die Ergebnisse der letzten Wahl Ende 1930.

Das ist die Antwort der Stuttgarter Straßenbahner auf die Billigung und Durchführung der neuen Notverordnung durch die SPD- und KPD-Führer, die nur ausführende Organe der Reichsregierung sind. Hunderte von bisherigen SPD-Anhängern und Anhänger der christlichen Gewerkschaftsführer sind im Stuttgarter Straßenbahnbetrieb zur roten Einheitsfront gestoßen. Der Prozeß der Entzweiung, der sich im Wahlergebnis bei der Stuttgarter Straßenbahn zahlenmäßig ausdrückt, geht heute in allen Betrieben vor sich. Alle Kämpfer für die rote Einheitsfront müssen daher gerade jetzt die härtesten Anstrengungen machen, um alle kampfgewillten Arbeiter in die breiteste rote Einheitsfront einzutreten.

# Der sozialistische Plan für 1932

36 Prozent Produktionssteigerung bedeutet wachsenden Wohlstand der Massen

Moskau, 17. Dezember. Das ZK der KPSU nahm einen Beschluß an, durch den der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion beauftragt wird, bei der endgültigen Festlegung der Kontrollziffern für die ganze Volkswirtschaft im Jahre 1932 von der Notwendigkeit einer allseitigen Entwicklung der Hauptzweige, in erster Linie der Holzindustrie, Hütten- und Maschinenbauindustrie auszugehen, und dabei die vollständige Erfüllung des Fünfjahresplans in vier Jahren am Ende des Jahres 1932 zu berücksichtigen.

Das Zentralkomitee bestimmt, daß der Kapitalaufwand der ganzen Volkswirtschaft 21 Milliarden Rubel betragen soll gegenüber 16,1 Milliarden im Jahre 1931; für die Industrie 10,7 Milliarden Rubel gegenüber 8,2 Milliarden im Jahre 1931, für den sozialistischen Sektor der Landwirtschaft 4,36 Milliarden gegenüber 3,6 Milliarden, für die Eisenbahn, die Schiffahrt, die Luftschifffahrt 3,3 Milliarden gegenüber 2,72 Milliarden im Jahre 1931. Die Zunahme der Industrieproduktion soll sich auf 36 Prozent belaufen gegenüber 21 Prozent im Jahre 1931.

# Kein „Waffenstillstand“ mit Wels und GWP

Ein Aufruf der GWP-Führer gegen die rote Einheitsfront / Unsere Antwort

Der Parteivorstand der Sendewitz-Rosenfeld-Partei veröffentlicht ein „Manifest an alle Proletarier“, das unter „radikaler“ Maskierung eine Kampfanlage an die rote Einheitsfront und eine Verhöhnung der verbrecherischen Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes darstellt. Dieser Aufruf proklamiert den „Waffenstillstand“ mit den Wels und Breitscheid, mit dem Severing und Hilderding, mit den Tolerierungs- und Notverordnungspolitikern. Dieser neue Aufruf zeigt die Rolle der GWP, als eine „radikal“ maskierte Agentur des Sozialfaschismus, die der Verführung der revolutionären Arbeiterklasse dient.

## Hetze gegen die Kommunistische Partei

Die GWP-Führer antworten auf den brüderlichen und ehrlichen Einheitsfrontvorschlag der kommunistischen Partei an alle kampfgewillten Arbeiter mit der Lüge gegen die KPD: Sie frage die Arbeiter nicht nach ihrer Meinung und ihrem Willen. Sie bestreibe „demagogische, auf kleinliche Parteiinteressen abgestimmte Manöver“ usw. Wie Stampfer sich räuspert und spuckt, das hat der einstige Verherrlicher Koskes, Hetz Sendewitz, ihm abgedruckt!

Der Aufruf fordert von den kommunistischen Arbeitern, sie sollten innerhalb der KPD verlangen, daß der kommunistische Kampf gegen die Führung der SPD eingestellt würde. Die kommunistischen Arbeiter werden den Sendewitz und Rosenfeld die Antwort geben, wie sie die Anhänger der SPD-Führer verdienen.

## „Waffenstillstand“

Der Aufruf der GWP erklärt: „Verlangt Waffenstillstand zwischen den proletarischen Parteien“. Der Kampf gegen die Tolerierungspolitik der SPD und die Helferrolle der GWP wird als „Brüderkampf des Proletariats“ bezeichnet.

Wir Kommunisten sind die entschiedenen Gegner eines Brüderkampfes zwischen Arbeitern. Wir sind für die rote Einheitsfront mit unseren proletarischen Klassenbrüdern in der SPD, im Reichsbanner und der GWP. Wir sind aber die härtesten Gegner eines „Bürg-

treibens“ mit jenen Führern, die berufsmäßig das Proletariat an die Kapitalistenklasse verkaufen!

## Gegen den Lohnabbau

Der Aufruf der GWP ruft „zum Widerstand gegen Lohnabbau und Tarifbruch auf der ganzen Front“. Der Aufruf erzählt den Arbeitern das Märchen, daß sie „ungehindert“ in den Mitgliederverhandlungen der Gewerkschaften den Lohnabbau Stellung nehmen könnten. Der Aufruf versucht die Rolle der Gewerkschaftsführer, die „Rote Front“ der GWP, wurde in der Zeit des Verbots der „Rote Front“ durch eine Kampfanlage an die KPD, enthält: Die GWP-Führer sind für „Waffenstillstand“ mit den Streikführern à la Leipzig, aber sie sind Feinde der einzigen revolutionären gewerkschaftlichen Kampforganisation, die den Kampf gegen den Lohnabbau in den letzten Jahren führte, der KPD.

Die Anhänger der KPD werden jetzt ihre Offensive an der innergewerkschaftlichen Front verhalten und überdies in den Gewerkschaftsversammlungen, trotz des Spaltungsstrebens der Bürokratie, um die Gewinnung der Gewerkschaftsmehrheit für die kämpfende Einheitsfront ringen. Sie werden dabei keine Verwicklung der Fronten durch die GWP dulden.

## Erst recht rote Einheitsfront!

Der Parteivorstand der GWP verurteilt auch der sächsischen Charakter der Diktaturgeheimnisse und des Streikverbots von Brüning. Indem er nur die Nazis als „Waffenstillstand“ bezeichnet, lenkt er von der Notwendigkeit des sofortigen Kampfes gegen die kapitalistische Diktatur ab.

Die rote Einheitsfront wird von den Arbeitern in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervereinen und in den unmittelbaren Tagesforderungen gegen die kapitalistische Diktatur, gegen den Faschismus und Severing bis zu Brüning und Hitler geschmiebt.

Die rote Einheitsfront wird alle Verpöhlungen, alle Angriffe und Fäulnisse des Sozialfaschismus überwinden. Die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei wird auch alle ehrlichen proletarischen GWP-Mitglieder unter der Fahne des gemeinsamen proletarischen Kampfes für den Sozialismus sammeln.

# Die „eiserne Front“ der Tolerierung

Neues Bekenntnis der SPD zur Notverordnungs politik / Für Streikverbot und Brüning / Für Abbruch jedes Kampfes gegen die Notverordnungs politik

Am Mittwochabend fand eine gemeinsame Konferenz der Bundesauschüsse des ADGB, des IFA-Bundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der reformistischen Sportorganisationen und des sozialdemokratischen Parteiaussschusses statt. In dieser Konferenz hielten Leipzig, Breitscheid und Wels neue Reden für die Notverordnungs politik, für die die sozialdemokratische Führerschaft ihre „eiserne Front“ bilden will.

Aus den Reden seien nur einige der schönsten arbeitserfeindlichen Blüten wiedergegeben.

Leipzig erzählte, der Zweck der Notverordnung sei, „die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu verringern und allmählich ganz zu beseitigen“ (!). Zur Aufhebung des Tarifrechtes meinte Leipzig, daß „wir sogar statt einer Beseitigung der Tarifverträge auf der ganzen Linie Tariflöcher bekommen. Es ist allerdings ein schlechter Trost, denn diese Löcher werden auf dem Niveau der Notverordnung aufgebaut sein.“ Leipzig rief dann aus:

„Von den Schwierigkeiten, vor denen die Reichsregierung steht, macht sich die große Volksmehrheit keine rechte Vorstellung.“

um dann zur Schlusfolgerung zu kommen: „Es liegt im Interesse der Arbeiterklasse, die Schlicht, die wir in den letzten Wochen um die neue Notverordnung geführt haben, jetzt abzubrechen.“

Rudolf Breitscheid spottete über die Beamten, die sich von der SPD abwenden und zu den Nazis gehen, und erklärte:

„Unter normalen Verhältnissen würden wir den meisten Bestimmungen zur Notverordnung unsere Zustimmung nicht geben, aber die Verhältnisse sind eben nicht normal (!). Das ganze Regiment mit Notverordnungen ist nach unserer grundsätzlichen Stellung auf demokratischen Boden unzulässig, aber gerade im Interesse des Parlamentarismus und der Demokratie mußte dazu gegriffen werden... Tolerierungspolitik bedeutet eigentlich etwas Leidendes und Inaktives... Gewiß hat unsere Politik große Opfer von uns verlangt und die Arbeiterklasse hat noch größere Opfer zu bringen, als wir vielleicht bei der Einleitung dieser Politik angenommen haben.“

Das genügt, ihr SPD-Arbeiter! Eine feine „eiserne“ Front!

## Erfolgreicher Streik in Eßlingen

Stuttgart, 17. Dezember (Eig. Meld.)

In Eßlingen haben die Lederarbeiter einen erfolgreichen Streik durchgeführt. Obwohl die Gewerkschaftsbürokratie bereits eine Lohnabbaureinbarung getroffen hatte, haben sich die Arbeiter des Deutschen Lederarbeiterverbandes mit den Kollegen des oppositionellen Lederarbeiterverbandes zusammengeschlossen und eine eigene Streikleitung gewählt. Kommunistische, sozial-

demokratische und Reichsbannerarbeiter lehnen sich gegen den Lohnabbau zur Wehr.

Nach wochenlangem hartnäckigen Kampf wurde zwischen den Unternehmern und der zentralen Streikleitung ein Abkommen unterzeichnet, das besagt, daß alle Arbeiter wieder eingestellt werden, daß ab 1. Januar kein Lohnabbau erfolgt, dann nicht, wenn die Notverordnungen etwas anderes erlauben. Diese Vereinbarung hat Geltung bis zum 31. März d. J.

## Hamburger Bürgerchaft gegen Notverordnung

SPD stimmt gegen KPD-Anträge

In der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerchaft wurde ein Antrag der KPD-Fraktion, den Senat zu beauftragen, daß die Reichsregierung zu veranlassen, daß die Notverordnung nicht durchgeführt wird, mit 77 gegen 68 Stimmen angenommen. Ein besonderer Antrag, der die Aufhebung des Uniformverbots fordert, wurde mit 76 gegen 65 Stimmen angenommen. Gegen diese Anträge stimmte offen die Sozialdemokratie. Damit hat die SPD deutlich bewiesen, daß sie gar nicht an die Befreiung der Notverordnung denkt.

## Hamburger Parteihaus besetzt

Gestern gegen 21 Uhr wurde das Parteihaus von einem großen Aufgebot von Polizei und Kriminalbeamten besetzt. 350 Teilnehmer an einer bereits seit Tagen öffentlich erklärten Sitzung der Agitpropfunktionäre wurden für verhaftet erklärt.

Gegen alle Befehle, wie die Polizei mittelst der Verhaftung zur Vorbereitung des Hochverrats, weil in irgendeiner Weise geschrieben steht, daß die Agitpropfunktionäre auch „illegale Arbeiter“ zu verrichten haben. Unter der Verhaftung herrscht große Empörung über diese neuen faschistischen Methoden.

## Und das nach Fall Seidemann

Sächsische Steuergelder für Autokratie

Ein ungeheuerliches „Weihnachtsgeschenk“ der Schiedsgerichtsdirektion

Dresden, den 18. Dezember. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, hat die sächsische Regierung nach Verhandlungen mit den bürgerlichen Fraktionen einen Plan ausgearbeitet, wonach 6 Millionen Mark durch den Staat garantierte Gelder an den sich bildenden Privatbank Trust gegeben werden sollen. Diese offene Subventionierung von Privatkapitalisten gerade jetzt nach den Enthüllungen des Seidemann-Wohlfahrtschiffes-Standals müssen angesichts der Massennot ungeheure Empörung auslösen. Selbst innerhalb der Bourgeoisfraktionen wurden Stimmen laut, die Gefahr für im Autokrat anzulegenden Millionen sehen. Trotzdem soll bereits in nächster Woche extra deshalb der Zwischenauschuss des Landtages zusammentreten, um die Subventionierung der Kapitalisten auf Kosten der Steuerzahler zu beschließen! Die Kommunisten erheben gegen diesen Plan im Namen des arbeitenden Volkes schärfsten Protest!

## Lohnabbau bei den Buchdruckern

Zwischen den Bürokraten des Buchdruckerverbandes und den Unternehmern wurden folgende freie Vereinbarungen getroffen. Der Lohn wird in der Spitze um 13 Prozent gekürzt, tarifliche Spitzenlohn mit 25 Prozent Totalabbau beträgt nach 48 Markt für Buchdrucker. Die Löhne der Hilfsarbeiter werden noch weit mehr niedriger. Durch diese Vereinbarung sinken die Löhne auf den Stand vom 21. Juli 1925 herabgesetzt.